

Deutschland-Kastellaun: Dienstleistungen von Ingenieurbüros

OJ S 57/2023 21/03/2023

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Stadt Kastellaun

Postanschrift: Kirchstr. 1

Ort: Kastellaun

NUTS-Code: DEB1D Rhein-Hunsrück-Kreis

Postleitzahl: 56288

Land: Deutschland

E-Mail: vergabestelle@kastellaun.de

Telefon: +49 6762/403-371

Fax: +49 6762/403-309

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <http://www.kastellaun.de>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten

Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.subreport.de/E26916261>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.subreport.de/E26916261>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Neubau Stadthalle Tivoli in Kastellaun, Fachplanung Technische Ausrüstung Elektro gemäß
Teil 4 Abschnitt 2 HOAI AG 4-6

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Der Auftrag umfasst die Fachplanung Technische Ausrüstung ELT gemäß Teil 4 Abschnitt 2 HOAI AG 4-6 für den Neubau der Stadthalle Tivoli in Kastellaun
Es ist eine stufenweise Beauftragung von Leistungen der LPH 1-9 vorgesehen.

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71315000 Haustechnik

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE Deutschland

NUTS-Code: DEB Rheinland-Pfalz

NUTS-Code: DEB1 Koblenz

NUTS-Code: DEB1D Rhein-Hunsrück-Kreis

Hauptort der Ausführung: 56288 Kastellaun

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Der Auftrag umfasst die Fachplanung Technische Ausrüstung ELT gemäß Teil 4 Abschnitt 2 HOAI AG 4-6, für den Neubau der Stadthalle Tivoli in Kastellaun
Leistungsphasen (LPH) 1-9 zu:

- Anlagengruppe 4 Starkstromanlagen,
 - Anlagengruppe 5 Fernmelde- und informationstechnische Anlagen,
 - Anlagengruppe 6 Aufzugsanlagen,
- Es ist eine stufenweise Beauftragung von Leistungen der LPH 1-9 vorgesehen.

Die Stadt Kastellaun beabsichtigt, auf dem Grundstück Zeller Straße 24 die vorhandene Stadthalle durch einen Neubau als Kultur- und Begegnungszentrum Tivoli zu ersetzen. Die Stadthalle Tivoli ist von zentraler Bedeutung für das gesellschaftliche Leben in der Stadt Kastellaun, der Verbandsgemeinde und der umliegenden Ortschaften im Landkreis. Durch die gemeinschaftliche Erarbeitung der Zukunfts-szenarien und Bedarfe für die neue Stadthalle wird das Projekt von einem breiten bürgerschaftlichen Engagement getragen. Daher soll der Entwurf für das neue Tivoli Nutzungsmöglichkeiten für alle Beteiligten aus dem Gemeinleben bieten. Die bestehende Stadthalle Tivoli entspricht baulich und funktional nicht mehr den aktuellen Anforderungen. Dies wurde verstärkt durch den Brand der bestehenden Stadthalle. Als Ersatz wird an gleicher Stelle ein identitätsstiftender Neubau für die Bewohnerinnen und Bewohner von Kastellaun und umliegenden Ortsteile geplant. Zu diesem Zweck fand 2022 ein Architektenwettbewerb statt, dieser erbrachte Lösungsvorschläge für eine multifunktionale Stadthalle und die zugehörigen Außenanlagen. Der 1. Preis soll realisiert werden, dass dafür vorgesehene Grund-stück liegt am Rande des Stadtkerns an der Zeller Straße in Kastellaun. Die Stadthalle besteht aus einem großen Saal mit ca. 500 qm und ist im Verhältnis 1/3 zu 2/3 teilbar. Ein Foyer sowie 1 Veranstaltungsraum mit ca. 80 qm, einem direkt an dem Saal angrenzender Getränkeausschank mit Küche, Lagerflächen, Umklei-den und Sanitäreinrichtungen ergänzen die Flächen der Stadthalle.

A. Projektziele Elektrotechnik

Als besondere Anforderungen werden bei diesem Projekt die Nutzungsqualität und Bedienbarkeit der Veranstaltungs- und Medientechnik gesehen sowie die Beleuchtung. Bei der Planung der Veranstaltungs- und Medientechnik ist eine enge Abstimmung mit der Bühnentechnik und dem Bauphysiker hinsichtlich der Akustik erforderlich. Einsatz einer PV-Anlage ist zu berücksichtigen.

Es werden einfache, leicht zu betreibende und wartende Systeme angestrebt.

Das Gesamtkonzept für die Gebäude sollte hinsichtlich energetischer, betriebstechnischer und wirtschaftlicher Optimierungspotentiale bewertet werden. Grundsätzlich sind Investitionskosten für die Haustechnik in eine angemessene Relation zu ihrem Einsparpotenzial zu setzen.

Die erforderliche Regelungstechnik sollte möglichst gering gehalten und wartungsarm sein.

.

B. Projektziel Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit, Lebenszykluskosten:

.

Angestrebt wird ein in Erstellung und Betrieb wirtschaftliches und sicheres Gebäude.

Für die technische Ausrüstung sind Low-Tec-Lösungen mit hohem Anteil erneuerbarer Energien anzustreben.

.

Es wird ein nachhaltiges Gebäudekonzept angestrebt. Beachtet werden sollen in diesem Sinne insbesondere folgende Punkte:

- Flächensparendes Bauen auch in Bezug auf Technikräume
- Langlebigkeit der Bauteile und einfacher Betrieb
- Wartungsfreundliche Installationen
- Systeme, die spätere bauliche Anpassungen ermöglichen
- Energieeffiziente haustechnische Gebäudeausrüstung
- Einsatz regenerativer Energien und Techniken

.

.

Rahmentermine

Zur Realisierung des Bauvorhabens sind folgende Termine einzuhalten:

Der Projektstart soll unmittelbar nach Auftragsvergabe erfolgen.

Abgabe LPH 3: 2023

Baubeginn: 2025

.

Baukosten nach derzeitigem Kenntnisstand (jeweils netto):

.

KG 400 Bauwerk-Technische Anlagen:

Gesamt 1.196.175 €;

KG 400 nach Anlagegruppen:

KG 440 ca. 359.825 EUR;

KG 450 ca. 48.625 EUR;

KG 460 ca. 106.975 EUR

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Vorstellung des Büros und des Projektteams in Bezug auf die konkrete Auftragsabwicklung / Gewichtung: 20 %

Qualitätskriterium - Name: Herangehensweise an die konkrete Maßnahme / Gewichtung: 40 %

Qualitätskriterium - Name: Qualitätsmanagement (Kostenmanagement) / Gewichtung: 10 %

Preis - Gewichtung: 30 %

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 48

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9. Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3 Höchstzahl: 5 Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Die Auswahl der Teilnehmer, die zur Abgabe von Angeboten aufgefordert werden, erfolgt nach formaler Prüfung der Vollständigkeit der vorzulegenden Nachweise nach folgenden objektiven Kriterien.

.

1. Personalstruktur:

Die Angaben werden wie folgt bewertet: mit vergleichbaren Leistungen betraute festangestellte Mitarbeiter*innen und Büroinhaber*innen im Mittel der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, Wichtung 10 v.H.,

≥ 3 Personen = 3 Punkte;

2 Personen = 1 Punkt.

.

2. Fachliche Eignung und Zuverlässigkeit:

Referenzen: Angaben zu in den vergangenen 5 Jahren erbrachten vergleichbaren Leistungen.

2.1 Unterkriterium Anzahl (Quantität) der Referenzen:

.

Wichtung Anzahl der Referenzen:

Wertungskriterium (WK) Büro/Unternehmen 10 v.H.

WK Projektleitung ELT 10 v.H.

WK Bauleitung 10 v.H.

.

Bewertung der Anzahl (Quantität) der eingereichten Referenzen von Büro/Unternehmen, Projektleitung und Bauleitung, welche die Mindestkriterien je Wertungskriterium erfüllen:

≥ 3 Referenzen je Wertungskriterium (WK) = 3 Punkte

= 2 Ref. je WK = 2 P.

= 1 Ref. je WK = 1 P.

.

2.2 Unterkriterium Qualität der Referenzen:

.

Wichtung Qualität der Referenzen:

WK Büro/Unternehmen 20 v.H.

WK Projektleitung ELT 20 v.H.

WK Bauleitung 20 v.H.

.

Für das Büro/Unternehmen sowie für die Projektleitung und für die Bauleitung jeweils:

.

Wertungskriterium:

Erfahrungen in Planung und Realisierung eines Gebäudes mit vergleichbaren Anforderungen (eine Versammlungssätze) an Starkstromanlagen, Fernmelde- und Informationstechnische Anlagen in vergleichbarer Größenordnung, mindestens eine Versammlungsstätte mit mindestens 150.000 EUR Baukosten KG 440-450 (brutto) gesamt. (Mindestvoraussetzung)

.

A.

Gebäude mit Versammlungsstätte mit Veranstaltungstechnik/Medientechnik für einen Bühnenbereich = 3 Punkte;

Gebäude mit Versammlungsstätte mit Veranstaltungstechnik/Medientechnik = 2 P.;

Gebäude mit Versammlungsstätte = 1 P.

.

B.

≥ 450.000 EUR Baukosten brutto = 3 Punkte

≥ 300.000 EUR und < 450.000 EUR Baukosten brutto = 2 Punkte

≥ 150.000 EUR und < 300.000 EUR Baukosten brutto = 1 Punkt.

.

Die Punktwerte zu A. und B. werden je Referenz addiert und gemittelt.

.

Allgemein gilt für das Ergebnis der Überprüfung (Qualität):

Das Gesamtergebnis der Überprüfung (Qualität) der Referenzen wird jeweils je Wertungskriterium

arithmetisch aus den Einzelergebnissen gemittelt.

.

Bei Vorlage mehrerer Referenzen werden die Punktzahlen je Wertungskriterium gemittelt.

Insgesamt max. 300 Punkte.

.

Sofern mehr als 5 wertungsfähige Teilnahmeanträge von geeigneten Bewerbern / Bewerbungsgemeinschaften vorliegen, wird der Auftraggeber eine differenzierende Eignungsprüfung gemäß der beigefügten Wertungsmatrix vornehmen und die 5 Bewerber / Bewerbungsgemeinschaften zur Angebotsabgabe auffordern, die die höchste Punktzahl erreicht haben. Im Falle von Punktgleichheit entscheidet das Los. Die aufgeforderten Bieter geben auf der Grundlage der Vergabeunterlagen ein verbindliches Erstangebot ab. Nach Auswertung der Erstangebote erhalten die Bieter die Möglichkeit, während eines Verhandlungsgesprächs ihr Angebot zu präsentieren und über die Vergabeunterlagen zu verhandeln. Anschließend werden alle Bieter aufgefordert, ein überarbeitetes, finales Angebot zu unterbreiten. Auf das wirtschaftlichste Angebot wird der Zuschlag erteilt.

.

Bitte fassen Sie die Bewerbungsunterlagen in möglichst wenige Einzeldokumente (PDF, ZIP o. ä.) zusammen.

Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Einreichung des Teilnahmeantrages gebildet haben, werden nicht zugelassen.

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Bitte beachten Sie, dass die Unterlagen zwingend elektronisch über die Vergabepattform eingereicht werden müssen. Eine Übermittlung per E-Mail oder auf dem Postweg ist nicht möglich.

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Erklärung, dass nachweislich keine schweren Verfehlungen begangen worden sind oder vorliegen, die die Eignung oder Zuverlässigkeit gem. § 42 VgV i.V.m. § 123, 124 GWB in Frage stellen.

Erklärung, dass die Leistungserbringung unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen (§ 73 Abs. 3 VgV 2016) erfolgt.

.

Bietergemeinschaften sind zugelassen. Die Gewährleistung der gesamtschuldnerischen Haftung auch über die Auflösung der ARGE hinaus ist durch eine verbindliche Erklärung nachzuweisen.

.

Als vorläufiger Beleg der Eignung und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen wird die Vorlage einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) nach § 50 VgV akzeptiert. Im Falle der Vorlage einer EEE haben Bewerbergemeinschaften für alle Mitglieder eine separate EEE abzugeben. Von Nachunternehmern und Unternehmen, deren Kapazitäten sich der Bewerber bedienen will (Eignungsleihe), ist ebenfalls eine separate EEE einzureichen.

Webseite zur Erstellung einer EEE:

<https://ec.europa.eu/growth/tools-data-bases/espd/filter?lang=de>

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung § 45 (3) VgV:

Der Bewerber muss eine Eigenerklärung abgeben, dass er im Auftragsfall eine Berufshaftpflichtversicherung über mindestens 3 Mio. € bei Personenschäden und mindestens 3 Mio. € bei sonstigen Schäden abschließen wird oder eine solche Versicherung bereits ständig abgeschlossen ist. Zum Nachweis des Versicherungsschutzes ist der AN verpflichtet, vor Unterzeichnung des Vertrages eine entsprechende aktuelle Bestätigung seines Haftpflichtversicherers mit der Versicherungsnummer und den mit dem AG vereinbarten Deckungssummen zu überreichen.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Die tatsächlichen Leistungserbringer im Auftragsfall, wie die Projektleitung (PL) und die Bauleitung (BL), sind gemäß § 46 VgV namentlich zu benennen und mit beruflicher Qualifikation anzugeben. Der Nachweis der fachlichen Qualifikation ist durch Vorlage der Berufszulassung, durch Angaben zur Berufserfahrung in Jahren sowie durch Referenzen zu führen.

.

Die für die Erbringung der Leistungen Benannten müssen eine abgeschlossene Hochschulausbildung oder eine vergleichbare Berufszulassung nachweisen. Weitere Angaben siehe III.2.1

Die Projektleitung muss eine Berufserfahrung von min. 5 Jahren (in der entsprechenden Dienstleistung) nachweisen. Die Bauleitung muss eine Berufserfahrung von mind. 5 Jahren (in der entsprechenden Dienstleistung) in der LPH 8 nachweisen. Die Referenzprojekte müssen für das Büro die Leistungsphasen 2-3 und 5-8, für die PL die Leistungsphasen 2-3 und 5-6 und für die BL die Leistungsphase 8 umfassen.

Bei den Referenzen darf der Zeitraum der Leistungserbringung nachweislich nicht länger als 5 Jahre zurückliegen, das heißt:

- Die Referenzen von Büro/Unternehmen dürfen mit der Leistungserbringung der LPH 2 nicht vor 2018 begonnen haben; die Leistungserbringung der LPH 8 muss spätestens 2023 begonnen haben.
- Die Referenzen der Projektleitung dürfen mit der Leistungserbringung der LPH 2 nicht vor 2018 begonnen haben; die Leistungserbringung der LPH 6 muss spätestens 2023 begonnen haben.
- Die Referenzen der Bauleitung dürfen mit der Leistungserbringung der LPH 8 nicht vor 2018 begonnen haben.

Zu folgenden Wertungskriterien sind Referenzprojekte anzugeben:

Für das Büro/Unternehmen, für die Projektleitung und für die Bauleitung ist je Wertungskriterium mindestens 1 Referenz – mit vergleichbarem Leistungsgegenstand wie unter II.2.9 beschrieben – vorzulegen.

Das jährliche Mittel der vom Bewerber oder Bieter mit vergleichbaren Leistungen betrauten Mitarbeiter*innen / Büroinhaber*innen der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre muss mindestens 2 betragen.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.1. Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Berufsbezeichnung „Ingenieur“ und/oder „Beratender Ingenieur“ und/oder „M.Sc.“ und/oder „M. Eng.“ und/oder „B.Eng.“ oder vergleichbar, Techniker oder Meister. Ist in den jeweiligen Heimatstaaten die Berufsbezeichnung gesetzlich nicht geregelt, so erfüllt die Anforderungen als Ingenieur, wer über ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweisen verfügt, dessen Anerkennung nach der Richtlinie 2005/36/EG, zuletzt geändert durch Richtlinie 2013/55/EU, gewährleistet ist.

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

- Der Auftragnehmer hat für den gesamten Leistungszeitraum eine/n qualifizierten Projektleiter*in und für die Leistungsphase 8 eine/n Bauleiter*in zu benennen, welche gegenüber Auftraggeber und sonstigen Planungsbeteiligten eigenverantwortlich als Ansprechpartner*innen zur Verfügung stehen.
- Projekt- und Planbesprechungen finden in Kastellaun statt.
- Die Präsenz in Kastellaun ist in engen Intervallen gemäß den Planungserfordernissen sicherzustellen.

- Die personelle Kontinuität bezüglich der Präsenz vor Ort ist sicherzustellen.
- Unterbeauftragungen sind nur mit Zustimmung des Bauherrn zulässig.
- Eine Erklärung zur Verpflichtung zu Tariftreue und Mindestentgelt bei öffentlichen Aufträgen ist bei Auftragsvergabe vorzulegen.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.5. Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 18/04/2023 Ortszeit: 09:00

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

zu IV.2.6) Bindefrist des Angebots 60 Kalendertage nach Abgabe jedes Angebotes

Sonstige Hinweise:

Die Information zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen finden Sie auf unserem Internetauftritt unter: <https://www.kastellaun.de/rathaus/verwaltung/oeffentliche-ausschreibungen/>

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz

Postanschrift: Stiftsstraße 9

Ort: Mainz
Postleitzahl: 55116
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.rlp@mwvlw.rlp.de
Telefon: +49 6131162234

VI.4.2. Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz
Postanschrift: Stiftsstraße 9
Ort: Mainz
Postleitzahl: 55116
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.rlp@mwvlw.rlp.de
Telefon: +49 6131162234

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:
§ 160 (3) GWB

Der Antrag ist unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt,
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz
Postanschrift: Stiftsstraße 9
Ort: Mainz
Postleitzahl: 55116
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer.rlp@mwvlw.rlp.de
Telefon: +49 6131162234

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

16/03/2023